SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Parlamentskommunikation und Neue Medien: das Internet-Nutzungsverhalten der Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat

Filzmaier, Peter; Stainer-Hämmerle, Kathrin

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Filzmaier, P., & Stainer-Hämmerle, K. (2002). Parlamentskommunikation und Neue Medien: das Internet-Nutzungsverhalten der Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat. *SWS-Rundschau*, *42*(3), 309-334. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-165586

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Parlamentskommunikation und Neue Medien

Das Internet-Nutzungsverhalten der Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat[1]

Peter Filzmaier/ Kathrin Stainer-Hämmerle (Innsbruck)

Ein vergleichendes Forschungsprojekt im Rahmen der European Union Co-Operation on Science and Technology (COST) beschäftigt sich mit der Nutzung des Internets im Rahmen der Parlamentskommunikation. Für dieses Projekt wurden 2001 u.a. alle Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat über die Nutzung des Internets für ihre parlamentarische bzw. politische Arbeit schriftlich befragt. Unter Bezugnahme auf entsprechende Vergleiche mit Parlamentsabgeordneten anderer Länder analysiert der Artikel Formen der Internet-Anwendung, die subjektive Bedeutung des Internets für die politische Komunikation, die Mediennutzungskompetenz für das Internet, die Bewertung des Nutzens für die politische bzw. parlamentarische Arbeit und die Positionierung der Abgeordneten zur künftigen Bedeutung des Internets für moderne Demokratien. Die analysierten Daten werden in Zusammenhang mit Konzepten der Online-Kommunikation des Parlaments dargestellt sowie hinsichtlich möglicher Konsequenzen für die Demokratiequalität bewertet.

1. Einleitung

Das Internet[2] ist sowohl zum Massenmedium als auch ein fester Bestandteil politischer Kommunikation geworden. Die „Internetisierung" von Volksvertretungskörpern nach US-amerikanischem Vorbild hat ebenfalls längst begonnen. So kommt es europaweit zu einer Verbesserung statistischer Werte von Abgeordneten mit Internet-Zugängen, doch fehlt es großteils an einer wissenschaftlichen Evaluation der politischen Positiv- und/ oder Negativfolgen technologischer Innovationen für die Parlamentskommunikation (siehe als Ausnahmebeispiel Coleman/ Taylor/ van de Donk 1999).

1999 führte das *Institute for Electronic Government*, das sich in Washington D.C. befindet und durch die *IBM Corporation* gegründet wurde, eine Untersuchung zur Erforschung der Meinung über die „elektronische Demokratie" unter Abgeordneten in Volksvertretungskörpern aus 14 europäischen Ländern durch. Es wurde deutlich (Caldow 1999), dass die Ausweitung der interaktiven Internet-Kommunikation sich vor allem auf den internen Dialog über Gesetzvorhaben, usw. konzentrierte, jedoch nur in geringem Ausmaß Kommunikationsformen mit BürgerInnen oder auch LobbyistInnen

1 Die AutorInnen danken dem Nationalratspräsidium und den Klubs der Parlamentsparteien sowie den Abgeordneten des österreichischen Nationalrats für die Unterstützung des Fragebogenprojekts. Unser Dank gilt weiters der Parlamentsdirektion für die Bereitstellung von ausführlichen Basis- und Hintergrundinformationen.

2 Aus Gründen der sprachlichen Vereinfachung bezieht sich im Folgenden die Formulierung „Internet" auf unterschiedliche Formen von neuen *Information and Communication Technologies (ICTs)* bzw. *Internet Based Technologies (IBTs)*.

einschloss. Nichtsdestoweniger glaubten 74 Prozent aller Befragten in den EU-Mitgliedsländern, dass das Internet die Demokratie bereichert. Mehr als 99 Prozent der Abgeordneten, die in ihren Büros über einen Internet-Zugang verfügten, hielten die Internet-Nutzung für hilfreich. Trotz Wissensdefiziten und Unsicherheiten bezüglich der Effektivität wollte eine Mehrheit das Internet – *Web Sites* und *E-Mails* – in ihren nächsten Wahlkampagnen verwenden und sowohl die Einführung bzw. Ausweitung parlamentarischer *Web Sites* für einen verbesserten Informationsaustausch mit BürgerInnen als auch *Online Voting* unterstützen.

Ein vergleichendes Forschungsprojekt im Rahmen der *European Union Co-operation on Science and Technology (COST)* beschäftigt sich seit dem Jahr 2000 mit der Nutzung des Internets im parlamentarischen Bereich. Neben einer Inhaltsanalyse parlamentarischer *Web Sites* steht vor allem das Internet-Nutzungsverhalten von Parlamentsabgeordneten im Mittelpunkt der Forschungstätigkeit. Während die parlamentarische *Web Site* ein institutionelles Angebot für eine mögliche Verbesserung der politischen Kommunikation darstellt, wird die Intensität und Qualität des politischen Dialogs von RepräsentantInnen und WählerInnen vor allem durch das Internet-Nutzungsverhalten von VolksvertreterInnen beeinflusst.

Im Rahmen des Projekts wurden im Jahr 2001 u.a. alle Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat über die Nutzung des Internets für ihre parlamentarische bzw. politische Arbeit schriftlich befragt. 80 von 183 Abgeordneten beantworteten den Fragebogen. Damit betrug die Rücklaufquote in Österreich 44 Prozent und in den Vergleichsländern Dänemark und Niederlande 50 bzw. 36 Prozent. Zu beachten ist, dass insofern eine positive Selbstselektion stattfand, als am Internet interessierte Abgeordnete mit größerer Wahrscheinlichkeit den Fragebogen beantworteten. Ein solches Phänomen und eine etwas höhere Rücklaufquote jüngerer und weiblicher Abgeordneter zeigten sich in allen drei untersuchten Ländern. In Relation zur Gesamtzahl der Abgeordneten nach Parteizugehörigkeit stellten die Befragungspersonen einen repräsentativen Querschnitt dar.

Aus Dänemark und den Niederlanden liegen vollständige Vergleichsdaten vor, aus weiteren EU-Ländern gibt es Einzelergebnisse. Der vorliegende Beitrag analysiert zentrale Ergebnisse für Nationalratsabgeordnete im internationalen Vergleich. Die analysierten Daten werden in Zusammenhang mit Konzepten der *Online*-Kommunikation des Parlaments sowie mit Internet-Strategien von PolitikerInnen und Parteien in Österreich dargestellt.

2. Parlamentarische Rahmenbedingungen

Trotz der Organisation des österreichischen Parlaments als Zweikammernsystem beziehen sich Befragung und Analyse ausschließlich auf Abgeordnete zum Nationalrat. Dieser ist der anderen Kammer, dem Bundesrat, mehrfach politisch vorgeordnet. So ist die Bundesregierung lediglich dem Nationalrat politisch verantwortlich, d.h. er hat die Möglichkeit, der Regierung das Misstrauen auszusprechen. Im Gesetzgebungsverfahren hat der Bundesrat nur ein aufschiebendes (suspensives) Vetorecht. Der Natio-

nalrat wird direkt vom Volk gewählt, der Bundesrat von den Ländern nach den Stärkeverhältnissen der in den Landtagen vertretenen Parteien beschickt. Dadurch kommt dem Nationalrat in der öffentlichen Wahrnehmung eine stärkere Legitimität zu als dem Bundesrat. Schließlich ist der Bundesrat auch im Ablauf der Gesetzgebung dem Nationalrat nachgereiht. Nationalrat und Bundesrat verfügen jedoch über eine gemeinsame *Web Site* (http://www.parlament.gv.at) sowie identisch bzw. parallel gestaltete Sub-Seiten.

Neben Gesetzgebung und Kontrolle zählt die Herstellung von Öffentlichkeit zu den wichtigsten Funktionen des Parlaments. Eine solche Funktion führt aber unmittelbar zur Bedeutung der *Online*-Präsenz des Parlaments und der Internet-Nutzung der Abgeordneten. Einflussfaktoren darauf sind:

1. die rechtliche, politische und verwaltungstechnische Struktur des Parlaments;
2. das auch aus dem Wahlsystem resultierende Verhältnis zwischen RepräsentantInnen und WählerInnen;
3. die Handlungsgesetze und Organisationsform der Parteien im Parlament sowie
4. eine „politische Kultur" des parlamentarischen Selbstverständnisses und
5. der gesellschaftliche Hintergrund der Abgeordneten.

Als externe Faktoren zu berücksichtigen sind die Struktur der Regierung und ihr Verhältnis zum Parlament, das Mediensystem, generelle Aspekte der politischen Kultur sowie die soziodemographische Verbreitung des Internets im jeweiligen Land.

Im Unterschied zu den in der Folge hauptsächlich angeführten Vergleichsländern Dänemark und Niederlande ist zu beachten, dass sich das dänische (Einkammer-) Parlament *Folketing* (http://www.folketinget.dk/) mit 179 Mitgliedern,[3] von denen 89 den Fragebogen über ihr Internet-Nutzungsverhalten beantworteten,[4] noch stärker als der österreichische Nationalrat als transformatives Arbeitsparlament versteht. Hier stehen Ausschüsse bei der Umwandlung von politischen Anliegen, die sich im Prozess der Interessenartikulation und -aggregation durchgesetzt haben, in Gesetze im Mittelpunkt. Demgegenüber haben Ausschüsse in den niederländischen *Generalstaaten* (http://www.parlement.nl) eine geringe Tradition, die Tribünenfunktion eines Redeparlaments ist deutlicher ausgeprägt. Aufgrund ihrer dominanten Rolle für die Legislative und der Zusammensetzung nach einer bundesweiten Volkswahl wurden für die nachstehenden Analysen lediglich der österreichische Nationalrat – und nicht der Bundesrat – sowie die zweite Kammer des niederländischen Parlaments (mit insgesamt 150 Mitgliedern und 54 Abgeordneten, die sich an der dem Artikel zugrundeliegenden Umfrage beteiligten) im Vergleich mit dem dänischen Einkammerparlament berücksichtigt.

Entscheidende Differenzen im Wahlrecht ergeben sich durch die personalisierte Verhältniswahl in Dänemark – d.h. ähnlich der Bundesrepublik Deutschland gibt es

3 Im dänischen Parlament sind derzeit 12 Parteien vertreten: die mandatsstärksten sind die mitte rechtsgerichtete *Venstre-V/ Danmarks Liberale Parti* mit 56 und die *Socialdemokratiet-S* mit 52 Sitzen.

4 Dänemark wurde außerdem aufgrund frühzeitiger Analysen (Löfgren 1999) der *Online*-Präsenz des Parlaments und seiner Abgeordneten als Fallbeispiel gewählt.

Erststimmen für persönliche KandidatInnen und (für die Sitzverteilung entscheidende) Zweitstimmen für Parteilisten, jedoch mit mehrfacher Unterverteilung auf Regionen und Mehrpersonenwahlkreise. Es gibt eine Mindestklausel von lediglich zwei Prozent der Stimmen. In den Niederlanden fehlt jede Mindestklausel, so dass etwa 0,6 Prozent der Stimmen für den Parlamentseinzug einer Partei genügen.[5]

Konsequenz der Unterschiede im Wahlverfahren ist das nicht personalisierte Verhältnis zwischen Abgeordneten und WählerInnen. Erstere fühlen sich in Österreich und den Niederlanden aufgrund des Listenwahlrechts primär als Delegierte ihrer Partei verpflichtet, und sehen sich nicht als unmittelbare VertreterInnen bzw. TreuhänderInnen *(„Trustees")* der Anliegen einer persönlich zuordenbaren Wählerschaft. Trotz ebenfalls hoher Fraktionsdisziplin fördert in Dänemark das Wahlrecht hingegen zumindest teilweise eine TreuhänderInnenrolle der Abgeordneten. Bezüglich ihrer beruflichen Funktion sind der öffentliche Dienst und wirtschaftliche bzw. gewerkschaftliche InteressenvertreterInnen im österreichischen Nationalrat und in der niederländischen zweiten Kammer überproportional vertreten, in Dänemark gilt das auch für „SinnproduzentInnen" (LehrerInnen, JournalistInnen, Geistliche, usw.).

Die Internet-Nutzung der Abgeordneten im österreichischen Parlament bestimmten lange Zeit ausschließlich die Rahmenbedingungen in den jeweiligen parlamentarischen Klubs der Parteien. Die Parlamentsklubs erhielten entsprechend der Zahl ihrer Abgeordneten bzw. Mitglieder Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Über Umfang und Qualität der Ausstattung von Arbeitsplätzen mit Personal Computern und Internet-Zugang entschieden die Parteien autonom. Die *Online*-Ressourcen wurden aus Mitteln der Klubförderung finanziert und durch EDV-Beauftragte intern koordiniert. Folgerichtig fielen auch technische und inhaltliche Leistungen für die Internet-Nutzung der Abgeordneten (Hard- und Software, Einschulung, Fortbildung) in den Aufgabenbereich der Parteien. Die Parlamentsverwaltung war demgegenüber lediglich für allgemeine *Online*-Dienste der Institution und Verbindungspunkte im Netz (Betreuung von Schnittstellen, usw.) zuständig. Zentraler Unterschied in den Vergleichsländern Dänemark und Niederlande ist, dass hier – als logische Konsequenz der größeren Parteienvielfalt – das Parlament für die Vernetzung der Abgeordneten eine gegenüber den Parteiorganisationen wenigstens gleichermaßen wichtige Funktion erfüllt.

Die parteiautonome Konzeption der jeweiligen Vernetzung von Abgeordneten wurde aber auch in Österreich schrittweise durchbrochen, nachdem *Online*-Arbeitsplätze für parlamentarische MitarbeiterInnen der Abgeordneten durch die Parlamentsverwaltung eingerichtet und betreut worden waren. Nach der Nationalratswahl 1999 wurde das Internet für eine gestiegene Zahl von Abgeordneten selbstverständlich, so dass in Verbindung mit dem Projekt eines elektronischen Gesetzgebungsprozesses zusätzlich 250 mobile Arbeitsplätze geschaffen wurden, die für Abgeordnete

5 Nach den – durch das Attentat auf den Rechtspopulisten Pim Fortuyn überschatteten – Wahlen am 15. Mai 2002 sind im Parlament der Niederlande neun Parteien vertreten, am stärksten sind der konservative *Christlich-Demokratischer Appell/ CDA* mit 46, die *Liste Pim Fortuyn/ LPF* mit 26 sowie die rechtsliberale *Partei für Freiheit und Demokratie/ VVD* und die sozialdemokratische *Partei der Arbeit/ PdVA* mit je 23 von insgesamt 150 Mandaten.

und ihre MitarbeiterInnen bzw. auch für KlubmitarbeiterInnen mit Laptops zugänglich sind. Dadurch ist in Zukunft zunehmend die Parlamentsverwaltung für technische Hilfestellungen, von der Einschulung bis zur Errichtung eines *Helpdesks,* zuständig und für die Fortbildung nach dem Prinzip des „Computerführerscheins" *(European Computer Drivers License/ ECDL)* verantwortlich. Langfristig wird wahrscheinlich nur eine spezifische Qualifikation der Abgeordneten zur Internet-Nutzung für politische Tätigkeiten eine interne Aufgabe der Parteien sein.

Hinsichtlich externer Faktoren unterscheiden sich die Vergleichsländer vor allem durch die lediglich in Dänemark aufgrund der Minderheitsregierungen nicht unmittelbar stattfindende Gewaltenfusion zwischen Regierung und Parlamentsmehrheit, während sich in Österreich und in den Niederlanden die (Koalitions-) Regierung im Regelfall auf eine Parlamentsmehrheit stützen kann. In keinem der Länder sind direktdemokratische Elemente auf Bundesebene stark entwickelt. Volksbegehren gibt es lediglich in Österreich, ohne dass sie verpflichtend zu einer Volksabstimmung führen. Dieser Aspekt ist im Zusammenhang von Internet und Demokratie von besonderer Bedeutung, weil das Medium über das Potenzial verfügen soll, politische Entscheidungsprozesse *von unten* zu initiieren: dafür gibt es nun aber formal keine entsprechende Tradition. Trotz einer zunehmenden Polarisierung und Konfliktbereitschaft der politischen Eliten stellen alle Vergleichsländer Konkordanzdemokratien dar.

In Konkordanzdemokratien sind die Gesellschaft bzw. politische Kultur sehr heterogen, doch ist gleichzeitig die Konsensorientierung hoch. Die aus dem Verhältniswahlrecht resultierenden Mehrheitsverhältnisse im Parlament (und die im Regelfall koalitionäre Regierungsbildung) beruhen auf dem Prinzip einer fairen Repräsentation unterschiedlicher Gruppen im politischen Entscheidungsprozess. Eine durch die Konsenssuche mögliche Schwerfälligkeit im Entscheidungsverfahren wird in Kauf genommen. Die aktuelle Partizipationsbereitschaft der Bevölkerung ist nicht sonderlich hoch und/ oder – das ist für das Internet als Instrument zur Förderung von Demokratie wichtig – beschränkt sich mehrheitlich auf konventionelle Beteiligungsformen (hohe Wahlbeteiligung, usw.). Parallelen aus historischer Sicht bestehen insbesondere in Österreich und den Niederlanden durch eine „Versäulung" der Gesellschaft: voneinander klar abgrenzbare gesellschaftliche „Lager" waren im 20. Jahrhundert lange Zeit jeweils in einer politischen Partei organisiert sowie in jeweiligen sozialen und kulturellen Organisationen integriert.

Als Element der politischen Kultur fällt auf, dass das Parlament in Österreich mit 45 Prozent analog zur Regierung ein relativ großes Vertrauen genießt, das ist mehr als politische Parteien (23 Prozent), aber weniger als die öffentliche Verwaltung (69 Prozent) (Eurobarometer 2002). Der *Trust in the Political System*-Index (Vertrauensindex in das politische System) in Österreich beträgt 45 Prozent und liegt über dem EU-Durchschnitt (35 Prozent), ist für das Parlament aber geringer als in den angeführten Vergleichsländern Dänemark (58 Prozent) und Niederlande (62 Prozent).

Im österreichischen Parlament als multifunktionaler Institution betrachtet etwa die Hälfte der Abgeordneten die Herstellung von Öffentlichkeit als eine ihrer wichtigsten Aufgaben: Das ist für die politische Kommunikation von zentraler Bedeutung.

Dagegen wird diese „Tribüne-Funktion“ nur von etwa einem Viertel der Bevölkerung gleichermaßen als wichtig angesehen. Fast alle Abgeordneten versuchen jedenfalls, sich über Massenmedien an die Öffentlichkeit zu wenden und versuchen die Öffentlichkeit erst in zweiter und dritter Linie durch Direktkontakte mit den BürgerInnen und über die Parteiorganisation zu erreichen. Das Internet ist diesbezüglich allen anderen Massenmedien nachgeordnet, wird aber von den parlamentarischen Oppositions- und kleineren Parteien als wichtiger angesehen (Müller 2002, 70, 371ff.).

Ungeachtet der positiven Einschätzung des Stellenwerts von neuen Technologien für die politische Arbeit und Kommunikation, zeigt unsere Untersuchung, dass aus der subjektiven Sicht von PolitikerInnen das Internet – mit einer Durchschnittsbewertung von 2,1 auf einer dem österreichischen Schulnotensystem entsprechenden Skala – erwartungsgemäß hinter den Tageszeitungen und dem Fernsehen rangiert, aber auch hinter Radio und Zeitschriften zurück liegt. Lediglich knapp über 20 Prozent der Abgeordneten bezeichneten das Internet als „sehr wichtiges“ Massenmedium, während drei Viertel überzeugt waren, dass Tageszeitungen besonders wichtig für die politische Kommunikation zwischen RepräsentantInnen und BürgerInnen sind (der Durchschnittswert betrug 1,3; siehe Tabelle 1).

Obwohl das Internet als das am relativ unwichtigste Medium eingeschätzt wird, ist die Differenz zu traditionellen Medien vergleichsweise gering. Bemerkenswerterweise sehen Parlamentsabgeordnete Tageszeitungen als wichtigstes Medium der politischen Kommunikation an. Dagegen weisen Umfragen nach, dass aus Sicht der Bevölkerung das Fernsehen – von den Abgeordneten mit der Durchschnittsnote 1,5 eingestuft – sowohl die wichtigste als auch glaubwürdigste Quelle politischer Informationsvermittlung darstellt (siehe dazu Tabelle 1).

Tabelle 1: Einschätzung der Bedeutung von modernen Massenmedien für die politische Kommunikation durch österreichische Nationalratsabgeordnete (Angaben in Prozent)

Von den Abgeordneten werden eingeschätzt als ...	sehr wichtig	wichtig	neutral	eher unwichtig	unwichtig	Durchschnittswert
Tageszeitungen	75	25	–	–	–	1,3
Fernsehen	67	24	5	3	1	1,5
Radio	46	46	8	1	–	1,6
Magazine/ Zeitschriften	46	42	10	1	–	1,7
Internet	22	50	22	6	–	2,1

n = 79. Rundungsfehler sind möglich.

Quelle: Filzmaier/ Stainer-Hämmerle (2002) *Parlamentskommunikation und Neue Medien.* Forschungsprojekt im Rahmen der European Union Co-operation on Science and Technology (COST). Innsbruck.

Die tagesaktuelle Fernsehberichterstattung ist für 79 Prozent der österreichischen Bevölkerung die mit Abstand wichtigste politische Informationsquelle (vor 40 Jahren galt dies erst für 11 Prozent). An zweiter Stelle folgt für 52 Prozent die Tageszeitung, für 45 Prozent erfüllt auch das Radio eine unverzichtbare politische Informationsfunktion. Vier Prozent beziehen mittlerweile ihre politischen Informationen vorwiegend aus dem Internet, immerhin 14 Prozent der Angehörigen der oberen Bildungsschicht bezeichnen *Online*-Informationen als ihre primäre Nachrichtenquelle. Regelmäßig nutzen nur 9 Prozent der ÖsterreicherInnen die politischen Informationsangebote im Internet. 75 Prozent der Personen mit *Online*-Zugangsmöglichkeit machten vom Informationsangebot des Internets über Politik bisher keinen Gebrauch (Daten jeweils aus dem Jahr 2001, zit. nach: Plasser/ Ulram 2002; 45f., 57).

Eine Erklärung dafür, dass die Abgeordneten Tageszeitungen als wichtigstes politisches Kommunikationsmittel einschätzen, kann die weitgehende Monopolstellung des Österreichischen Rundfunks (ORF) bieten: Die mögliche Fernsehpräsenz von PolitikerInnen ist limitiert und daher werden Tageszeitungen als Kommunikationskanal mit BürgerInnen bzw. WählerInnen höher bewertet. Allerdings ist der österreichische Zeitungsmarkt infolge der geringen Zahl täglich erscheinender Periodika und der Dominanz der *Neuen Kronen Zeitung* mit einer Reichweite von fast 50 Prozent bzw. wegen Konzentrationsprozessen im Verlagswesen im internationalen Vergleich ebenfalls verengt.

Allgemein liegt die Internet-Nutzung in Österreich im europäischen Vorderfeld, sie ist lediglich in den führenden skandinavischen Ländern und in den Niederlanden stärker verbreitet. Im 1. Quartal 2002 war es für 53 Prozent der ÖsterreicherInnen über 14 Jahre „grundsätzlich (theoretisch) möglich", auf das Internet zuzugreifen. In Dänemark bestand diese Möglichkeit für 75 Prozent, in den Niederlanden für etwa 60 Prozent. 47 Prozent der ÖsterreicherInnen sind Internet-*User*, dies entspricht etwa 3,150.000 Personen ab 14 Jahren. Dänemark (2002) und die Niederlande (2001) verfügen allerdings über Vergleichswerte von 65 bzw. 52 Prozent.[6] Innergesellschaftliche Unterschiede gibt es nach dem Geschlecht (mit abnehmender Tendenz), dem Alter, dem formalen Bildungsgrad und nach der Einkommensklasse sowie der beruflichen Stellung.

3. Nutzungsverhalten und Anwendungsformen

Nahezu alle befragten Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat nutzen *E-Mails* und das *World Wide Web (WWW)* regelmäßig. Allerdings werden in manchen Fällen *E-Mail*-Adressen, usw. ausschließlich von MitarbeiterInnen betreut (siehe dazu näher Tabelle 7), so dass rund 31 Prozent der Abgeordneten das Internet nicht persönlich nutzen. Keinesfalls verfügen alle Abgeordneten, KlubmitarbeiterInnen und

6 Quelle: *Austrian Internet Monitor (AIM)*, verfügbar unter: http://mediaresearch.orf.at/internet.htm; die österreichischen Daten resultieren aus Meinungsumfragen des *Fessel+GfK*-Instituts. Untersuchungen von *GfK Danmark Telebus* bzw. des niederländischen KLO-Instituts sind nur annähernd vergleichbar, da methodische Differenzen zu Abweichungen führen können.

persönliche ParlamentsmitarbeiterInnen über einen eigenen Arbeitsplatz mit Internet-Zugang, sondern mehrheitlich wird ein solcher gemeinsam benutzt. Bis zu 100 *E-Mails* an Nationalratsabgeordnete pro Woche sind durchaus der Regelfall. *E-Mails* über parlamentarische Adressen stellen insofern einen zentralen Faktor der Kommunikation mit Abgeordneten dar. Erfahrungswerte aus anderen Ländern zeigen allerdings, dass ein intensiverer *E-Mail*-Verkehr zur Überforderung führt. Für den Fall eines konstanten Anstiegs der Zahl von erhaltenen *E-Mails* wird eine standardmäßige Routinebeantwortung durch MitarbeiterInnen organisiert, während Abgeordnete persönliche *Online*-Kontakte zunehmend bzw. ausschließlich über nicht öffentlich zugängliche Zweitadressen jenseits des Parlaments abwickeln. 138 Abgeordnete geben im Sommer 2002 auf der parlamentarischen *Web Site* eine persönliche, d.h. durch Vor- und/ oder Nachnamen identifizierbare, *E-Mail*-Adresse an. Obwohl eine solche im Parlament standardmäßig für alle Abgeordneten verfügbar ist, verzichten 33 Abgeordnete auf eine solche persönliche *E-Mail*-Adresse.

Die Verteilsysteme bzw. die Koordinationstätigkeit der Parlamentsverwaltung und der Parteien im Parlament bewirken, dass über 80 Prozent der MandatarInnen auch eine Intranet-Nutzung zur innerparlamentarischen *Online*-Kommunikation als Anwendungsform nennen. Hingegen haben nur wenige Befragte persönliche *Homepages* und/ oder praktizieren interaktive Nutzungsformen. Im Sommer 2002 gab es in Österreich im Parlament lediglich 12 *Web Representatives* mit persönlicher und auf der parlamentarischen *Web Site* angeführter *Homepage*. Neun weitere Abgeordnete verweisen auf die *Homepage* ihrer Partei, fünf auf *Homepages* anderer Institutionen oder Organisationen.

Generell lassen sich die Häufigkeitswerte der Internet-Nutzung von österreichischen ParlamentarierInnen nur teilweise mit jenen von Parlamentsabgeordneten in skandinavischen Ländern vergleichen. Der relativ geringe Rückstand beispielsweise auf Dänemark (von 179 Abgeordneten zum *Folketing* haben 126 Abgeordnete eine persönliche *E-Mail*-Adresse und 41 eine persönliche Homepage) und Norwegen (von den 165 Abgeordneten zum *Stortinget* besitzen 143 eine persönliche *E-Mail*-Adresse) überrascht ein wenig, da in Skandinavien das Internet sowohl am meisten verbreitet ist als auch frühzeitig staatliche und privatwirtschaftliche Förderungsprogramme eingeführt wurden. Interaktive Nutzungsformen des Internets sind ebenfalls häufiger als in Österreich. So sind etwa 11 Prozent der dänischen Abgeordneten bzw. knapp über 10 Prozent ihrer norwegischen KollegInnen ständig oder oft in *Newsgroups* und Diskussionsforen aktiv. In Österreich liegt der Vergleichswert bei 4 Prozent.

Nach dem soziodemographischen Profil der Abgeordneten zeigen sich analog zur Gesamtbevölkerung Unterschiede nach dem Alter. Nur ein Abgeordneter über 60 Jahre gibt an, *E-Mails* und *WWW* regelmäßig zu nutzen, während umgekehrt nur ein Abgeordneter unter 50 Jahre keine dieser Anwendungsformen des Internets verwendet. Es ist bemerkenswert, dass sich zwar die Gesamtzahl der NutzerInnen nach dem Geschlecht nicht signifikant unterscheidet, aber über 80 Prozent der Frauen und nur knapp mehr als die Hälfte der Männer ständige *E-Mail*-NutzerInnen sind. Bezogen auf die Parteizugehörigkeit fällt auf, dass sich alle Abgeordneten der Grünen als

regelmäßige *E-Mail*-NutzerInnen bezeichnen. 12 von 13 befragten Grün-MandatarInnen sehen sich sogar als IntensivnutzerInnen, die täglich und in fast 40 Prozent der Fälle mehr als 10 Stunden in der Woche *online* sind. Umgekehrt sind Grüne jedoch nicht signifikant häufiger in *Newsgroups* oder Diskussionsforen aktiv, die mehreren KommunikationsteilnehmerInnen interaktive und dialogische Anwendungen des Internets ermöglichen.

Tabelle 2: Wöchentliche Nutzungszeit des Internets von österreichischen Nationalratsabgeordneten im Vergleich (Angaben in Prozent)

Wie viele Stunden sind Sie durchschnittlich in einer Woche *online?*	Österreich (n = 80)	Dänemark (n = 89)	Niederlande (n = 54)
weniger als 1 Stunde	21	9	11
1 bis 2 Stunden	20	8	16
2 bis 5 Stunden	24	12	15
5 bis 10 Stunden	11	21	21
über 10 Stunden	18	47	33
keine Angabe	6	2	4

Rundungsfehler sind möglich.

Quelle: Filzmaier/ Stainer-Hämmerle (2002) *Parlamentskommunikation und Neue Medien.* Forschungsprojekt im Rahmen der European Union Co-operation on Science and Technology (COST). Innsbruck.

Die Mehrheit von 77 Prozent der Abgeordneten ist täglich oder wenigstens in einem Rhythmus von zwei bis drei Tagen *online*. Im Gegensatz dazu nutzten zum Befragungszeitpunkt (2001) nur knapp über 10 Prozent das Internet einmal im Monat oder seltener. Die meisten Abgeordneten verwenden allerdings das Internet für einen schnellen (politischen) Informationsaustausch bzw. rasches Informationssuchen, nicht jedoch für ausführliche Kommunikationsformen und/ oder Recherchen. Mehr als 40 Prozent geben an, weniger als eine oder höchstens ein bis zwei Stunden wöchentlich *online* zu sein. Dieser Anteil ist im internationalen Vergleich ungewöhnlich hoch, während jener von knapp 19 Prozent, die das Internet über 10 Stunden pro Woche nutzen, relativ niedrig ist. In Dänemark beispielsweise sind 47 Prozent (!) mehr als 10 Stunden wöchentlich *online*, auch in den Niederlanden sind es 33 Prozent (siehe dazu Tabelle 2). Sogar in Portugal, dem EU-Mitgliedsstaat mit der allgemein geringsten Internet-Nutzung, sind über 20 Prozent der Abgeordneten mehr als 10 Stunden pro Woche im Netz.

Demzufolge ist trotz des hohen Nutzungsgrades lediglich ein geringer Prozentsatz der Parlamentsabgeordneten zur „Internet-Avantgarde" zu zählen. Nur drei der befragten österreichischen Abgeordneten sind sowohl (fast) täglich als auch in Summe

mehr als 10 Stunden pro Woche persönlich *online und* verfügen *zusätzlich* außerhalb des Parlaments über eine persönliche *Homepage*. Die Kombination dieser Faktoren intensiver Nutzung ermöglichen es, eine Minderheit von Nationalratsabgeordneten als *„Superuser"* zu klassifizieren. Ihr Anteil ist nicht nur in Österreich sehr gering, sondern auch im europäischen Durchschnitt niedrig. So sind von den dänischen Abgeordneten 15 *Superuser,* in Norwegen gibt es lediglich vier derartige IntensivnutzerInnen.

Die Ergebnisse lassen sich mit der politischen Tätigkeit erklären – eine häufige Internet-Nutzung von mehr als fünf Stunden pro Woche widerspricht dem Funktionsmodell eines/r Repräsentanten/in Volksvertretungskörpern, weil persönlich wahrzunehmende Termine und Kontaktmöglichkeiten mit BürgerInnen wichtiger erscheinen. Berücksichtigt man aber die Bedeutung von Internet als politischer Informationsquelle in einem weiteren Sinn, d.h. etwa für Hintergrundwissen, sind die Werte dennoch gering.

Als interessanter Unterschied fällt auf, dass VertreterInnen von Oppositionsparteien das Internet (als mögliches Alternativmedium?) tendenziell häufiger und länger nutzen als Mitglieder der Regierungsparteien. Das gilt sowohl für die SPÖ als traditionelle, frühere Großpartei mit jahrzehntelanger Regierungsbeteiligung von 1970 bis 1999 als auch für die vergleichsweise junge Partei der Grünen.

4. Mediennutzungskompetenz für das Internet

Die Abgeordneten beurteilen ihre Kompetenz für eine politische Nutzung des Internets sehr selbstkritisch. Zwar gibt es kaum Abgeordnete ohne Internet-Kenntnisse, doch bezeichnen lediglich 6 Prozent ihr Wissen als ausgezeichnet. Die überwiegende Mehrheit der befragten Personen glaubt, über gute bzw. ausreichende Kenntnisse zu verfügen. Doch ein Viertel der Abgeordneten befürchtet, ungenügend kompetent zu sein. Weibliche Abgeordnete bewerten sich im Durchschnitt als kompetenter. Tendenziell schätzen jüngere MandatarInnen ihre Kompetenz höher ein: Die Unterschiede sind allerdings wenig signifikant und es gibt aufgrund der Minderheit von unter 40-jährigen MandatarInnen in allen Altersklassen ein Kompetenzdefizit. Im Parteienvergleich ergeben sich interessanterweise keine signifikanten Differenzen.

Das den Erwartungen entsprechende Ergebnis ist Folge einer generationsbedingt fehlenden schulischen Internet-Ausbildung, aber auch Konsequenz eines Mangels von Fortbildungsangeboten durch politische Institutionen und/ oder Parteien. Im internationalen Vergleich ergeben sich jedoch keine extremen Abweichungen. So stellen in Dänemark und den Niederlanden 18 bzw. 17 Prozent und in Portugal 27 Prozent der Abgeordneten fest, dass sie über eine mangelnde oder gar keine Nutzungskompetenz verfügen. Diese Daten korrelieren mit der Nutzungshäufigkeit in den jeweiligen Ländern, doch sind die Unterschiede gering ausgeprägt. Die Berechnung einer Prozentpunktedifferenz *(Percentage Differenz Index/ PDI)* von Angaben ausgezeichneter/ guter Kenntnisse abzüglich ungenügender/ keiner Kenntnisse der Abgeordneten ergibt für Österreich einen Wert von „+8", für Dänemark „+18" und für die Niederlande „+10" (siehe Tabelle 3).

Fast 87 Prozent der Abgeordneten geben an, Internet-Kenntnisse eigenständig in einem (für das Medium typischen) relativ konzeptlosen und autodidaktischen *Learning by Doing*-Verfahren erworben zu haben. An zweiter Stelle folgt – Mehrfachnennungen waren möglich – die von der Zufälligkeit des Einzelfalls abhängige Schulung im Rahmen anderer beruflicher Tätigkeiten. In einigen Fällen wurden privat Kurse besucht. Aufgrund der parteiautonomen Zuständigkeit für die Vernetzung der Abgeordneten erfolgte lediglich in Ausnahmefällen eine Weiterbildung durch die Parlamentsverwaltung. Bemerkenswert ist aber, dass nur knapp 11 Prozent Internet-Fortbildungsprogramme der jeweiligen Partei in Anspruch nahmen (siehe dazu Tabelle 4). Der Anteil von Abgeordneten, die parteispezifische Fortbildungsangebote beanspruchten, beschränkt sich bei SPÖ und FPÖ sowie auch bei den Grünen auf Einzelfälle. Lediglich 20 Prozent der ÖVP-MandatarInnen absolvierten eine Internet-Schulung in Parteikursen (siehe dazu Tabelle 6).

Tabelle 3: Persönliche Einschätzung der Internet-Kompetenz durch österreichische Nationalratsabgeordnete im internationalen Vergleich
(Angaben in Prozent)

Wie schätzen Sie Ihre persönliche Kompetenz ein, mit Internet-Technologien umzugehen?	Österreich (n = 79)	Dänemark (n = 89)	Niederlande (n = 54)
ausgezeichnet	6	24	8
gut	30	15	19
ausreichend	35	39	57
ungenügend	25	18	15
keine Kenntnisse	3	3	2
Percentage Difference Index/ PDI	+8	+18	+10

Rundungsfehler sind möglich. Der PDI wurde als Differenz der Prozentpunkte zwischen den Angaben „ausgezeichnete/ gute Kenntnisse" und „ungenügende/ keine Kenntnisse" berechnet.

Quelle: Filzmaier/ Stainer-Hämmerle (2002) *Parlamentskommunikation und Neue Medien.* Forschungsprojekt im Rahmen der European Union Co-operation on Science and Technology (COST). Innsbruck.

Im internationalen Vergleich bestätigen sich die Trends, dass autodidaktisches *Learning by Doing* das zentrale Element für die Internet-Nutzungskompetenz der Abgeordneten darstellt. Die Werte aus Dänemark und den Niederlanden gleichen jenen aus Österreich, in allen Fällen bilden Erfahrung aus anderen bzw. früheren beruflichen Tätigkeiten wichtige Ergänzungen. Ein entscheidender Unterschied zeigt sich darin, dass in Dänemark und in den Niederlanden Schulungen durch die Parlamentsverwaltung häufiger angeboten und von den Abgeordneten auch besucht werden (von jeweils etwa der Hälfte der dänischen und niederländischen ParlamentarierInnen).

Tabelle 4: Erlernen von Internet-Kompetenz durch österreichische Nationalratsabgeordnete im internationalen Vergleich
(Angaben in Prozent)

Wie haben Sie gelernt, mit Internet-Technologien im Rahmen ihrer Arbeit umzugehen?	Österreich (n = 79)	Dänemark (n = 89)	Niederlande (n = 54)
autodidaktisches Lernen *(Learning by Doing)*	87	82	80
Schulung bzw. Übung im Rahmen einer anderen beruflichen Tätigkeit	25	30	33
Schulung durch die Partei	11	2	2
privater Kursbesuch	9	21	–
Schulung durch die Parlamentsverwaltung	6	58	44
keine Erfahrung mit Internet-Technologien	4	–	–
anderes	–	8	–

Mehrfachantworten waren jeweils möglich.

Quelle: Filzmaier/ Stainer-Hämmerle (2002) *Parlamentskommunikation und Neue Medien*. Forschungsprojekt im Rahmen der European Union Co-operation on Science and Technology (COST). Innsbruck.

Tabelle 5: Einschätzung der persönlichen Internet-Kompetenz durch österreichische Nationalratsabgeordnete nach Parteien
(Angaben in absoluten Zahlen bzw. Prozentwerte in Klammer)

Wie schätzen Sie Ihre persönliche Kompetenz ein, mit Internet-Technologien umzugehen?	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	gesamt
ausgezeichnet	3 (12,5)	–	–	2 (15,4)	5 (6,3)
gut	4 (16,7)	9 (37,5)	6 (33,3)	5 (38,5)	24 (30,4)
ausreichend	8 (33,3)	9 (37,5)	6 (33,3)	5 (38,5)	28 (35,4)
ungenügend	8 (33,3)	6 (25,0)	5 (27,8)	1 (7,7)	20 (25,3)
keine Kenntnisse	1 (4,2)	–	1 (5,6)	–	2 (2,5)
gesamt	24 (100,0)	24 (100,0)	18 (100,0)	13 (100,0)	79 (100,0)

Quelle: Filzmaier/ Stainer-Hämmerle (2002) *Parlamentskommunikation und Neue Medien*. Forschungsprojekt im Rahmen der European Union Co-operation on Science and Technology (COST). Innsbruck.

Tabelle 6: Erlernen von Internet-Kompetenz durch österreichische Nationalratsabgeordnete nach Parteien (Angaben in Prozent)

Wie haben Sie gelernt, mit Internet-Technologien im Rahmen ihrer Arbeit umzugehen?	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	gesamt
autodidaktisches Lernen *(Learning by Doing)*	88	83	88	92	87
Schulung/ Übung im Rahmen anderer beruflicher Tätigkeit	29	29	29	46	25
Schulung durch die Partei	8	20	6	–	11
privater Kursbesuch	13	4	12	8	9
Schulung durch die Parlamentsverwaltung	1	3	1	–	6
keine Erfahrung mit Internet-Technologien	4	8	–	–	4

Mehrfachantworten waren möglich.

Quelle: Filzmaier/ Stainer-Hämmerle (2002) *Parlamentskommunikation und Neue Medien.* Forschungsprojekt im Rahmen der European Union Co-operation on Science and Technology (COST). Innsbruck.

Infolge einer, nicht zuletzt durch die technische Komplexität bedingten, Durchbrechung der Parteizuständigkeit für die Ausstattung der Abgeordneten und der KlubmitarbeiterInnen mit Internet-Zugängen wird aber auch in Österreich die Rolle der Parlamentsverwaltung wichtiger werden.

Obwohl das Internet über ein unbestreitbares Potenzial als Intranet, für die Beschleunigung der Parteikommunikation und für Wahlkampagnen verfügt, fehlt es dennoch offenbar an entsprechenden Bildungsinitiativen der Parteiorganisationen. In Zusammenhang mit der Bereitschaft von Abgeordneten, das Internet für abweichende Meinungsäußerungen zu nutzen, stellt sich hier die interessante Frage, inwiefern Parteien eine über Standardkenntnisse für Intranet u.a. hinausreichende Nutzungskompetenz für das Internet fördern wollen. Weiters ist das Wahlsystem in Österreich dafür verantwortlich, dass den Parteien eine individuelle Internet-Kompetenz ihrer Abgeordneten nicht als speziell förderungswürdig erscheint. Im angloamerikanischen Raum macht das Mehrheitswahlrecht für EinzelkandidatInnen persönliche *Homepages* zur unabdingbaren Notwendigkeit. Ein individueller, professioneller Internet-Auftritt im Wahlkampf ist die logische Konsequenz.

Auch in Dänemark bestehen weitreichendere Möglichkeiten, dass WählerInnen ihre Stimmen direkt KandidatInnen geben, während das Vorzugsstimmensystem in Österreich faktisch eher beschränkt ist. Aufgrund des Verhältniswahlrechts und der Mandatsvergabe nach Parteilisten ist sogar umstritten, ob Parteien eine spezielle Wahlkampfseite im Internet platzieren oder ihre Kampagnen über standardmäßige *Web Sites* betreiben sollen. Persönliche *Homepages* von KandidatInnen werden hingegen als kontraproduktiv angesehen, weil sie der Logik einer geschlossenen Strate-

gie sowie einer konsequenten Bindung und Mobilisierung von SympathisantInnen widersprechen.

Eine naheliegende Folge der bzw. zugleich eine Ursache für die mangelhafte Kompetenz ist, dass das Internet mehrheitlich von dritten Personen im Auftrag der Abgeordneten verwendet wird. 31 Prozent der österreichischen Abgeordneten geben an, ausschließlich MitarbeiterInnen mit der Internet-Nutzung zu beauftragen, während lediglich 14 Prozent der befragten Abgeordneten diese Arbeit ausschließlich selbst leisten. In der überwiegenden Mehrheit der Fälle (54 Prozent) ergibt sich eine gemeinsame Nutzung von Abgeordneten und MitarbeiterInnen. Es dominiert die arbeitsteilige Verwendung des Internets durch Abgeordnete und ihre MitarbeiterInnen (siehe Tabelle 7).

Selbstverständlich werden die Nutzungsfrequenz sowie mittelbar die Medienkompetenz durch parlamentarische Rahmenbedingungen massiv beeinflusst. Abgeordnete in Österreich verfügen als Vergütungsanspruch für ParlamentsmitarbeiterInnen über ein Budget in der Höhe eines Bundesbeamtengehalts der allgemeinen Verwaltung, Dienstklasse V/ Gehaltsstufe 9. Reell entspricht das einem monatlichen Betrag von etwa 2.300 Euro zuzüglich der anteiligen Sonderzahlungen. Im Regelfall resultiert daraus die Teilanstellung eines/r parlamentarischen MitarbeiterIn. Diese Ressourcen entsprechen – ohne Berücksichtigung von Angestellten der Parlamentsklubs (Fraktionen) – etwa jenen in den Vergleichsländern: In Dänemark ist ein/e vollbeschäftigte/r ParlamentsmitarbeiterIn für durchschnittlich zwei Abgeordnete zuständig.

Tabelle 7: Internet-Nutzung von österreichischen Nationalratsabgeordneten – persönlich und als Auftragsarbeit (Angaben in Prozent)

Verwendung	Österreich (n = 79)	Dänemark (n = 89)	Niederlande (n = 54)
persönlich	14	39	7
hauptsächlich jemand in meinem Auftrag	31	10	6
sowohl persönlich als auch jemand in meinem Auftrag	54	48	87
keine Angabe	1	2	–

Rundungsfehler sind möglich.

Quelle: Filzmaier/ Stainer-Hämmerle (2002) *Parlamentskommunikation und Neue Medien*. Forschungsprojekt im Rahmen der European Union Co-operation on Science and Technology (COST). Innsbruck.

5. Subjektive Bedeutung des Internets für die politische Kommunikation

Die Untersuchungsergebnisse zu den hauptsächlichen Anwendungsgebieten des Internets im Rahmen der politischen Arbeit sind nur beschränkt aussagekräftig, weil analog zu Meinungsumfragen in der Gesamtbevölkerung die Abgrenzung zwischen allgemeiner Informationssuche (am häufigsten bei den nach ihrer Selbsteinschätzung

weniger kompetenten Abgeordneten) und zielgerichteten Recherchen (am häufigsten bei den relativ kompetenteren Abgeordneten) nicht ausreichend klar ist.

Nichtsdestoweniger zeigten sich als bemerkenswerte Tendenzen (siehe Tabelle 8):

- Die Nutzung des Internets für interne Kommunikation innerhalb der eigenen Partei und/ oder mit MitarbeiterInnen ist häufiger und subjektiv bedeutender als eine externe politische Kommunikation. Das gilt sowohl für Außenkontakte mit BürgerInnen bzw. WählerInnen als auch für Kontakte mit politischen Institutionen und Gruppen wie (anderen) Volksvertretungskörpern, Ämtern, (anderen) Parteien, Verbänden oder Interessengruppen.
- Politische Werbung und politisches *Marketing* nehmen als Kommunikationsinhalte (noch?) einen sehr geringen bzw. minimalen Stellenwert ein.

Fast 40 Prozent der Abgeordneten nennen die interne Kommunikation innerhalb der Partei und mit MitarbeiterInnen als hauptsächliches Angebot an erster Stelle (siehe Tabelle 8). Weniger als 10 Prozent – das entspricht lediglich sechs Abgeordneten – geben eine Internet-Kommunikation mit BürgerInnen an. Politische Werbung wird lediglich von zwei Abgeordneten als primäres Anwendungsgebiet bezeichnet. Bei einer Reihung von sechs möglichen Verwendungsformen des Internets ergibt sich für die Bedeutung der politischen Werbung in der *Online*-Kommunikation eine Durchschnittsplatzierung von 5,5. Obwohl aufgrund des Wahlsystems, der Parlamentsorganisation und auch der politischen Kultur in Österreich ein individueller Einsatz des

Tabelle 8: Hauptsächliche Anwendungsgebiete der Internet-Nutzung durch österreichische Nationalratsabgeordnete

Rang	Verwendungsform	Durchschnitts-platzierung (Reihung 1-6; n=64)	Zahl der Erstnennungen (und Angaben in Prozent)
1	interne Kommunikation (mit der Partei und/ oder MitarbeiterInnen)	2,53	25 (39,1)
2	zielgerichtete Recherche	2,88	17 (26,6)
3	Allgemeine Informationssuche	3,19	10 (15,6)
4	externe Kommunikation (mit BürgerInnen/ WählerInnen)	3,45	6 (9,4)
5	externe Kommunikation (mit sonstigen Institutionen und Gruppen)	3,52	4 (6,3)
6	politische Werbung	5,52	2 (3,2)

Die befragten Abgeordneten wurden um eine Reihung der Verwendungsformen nach ihrer subjektiven Bedeutung von „1" bis „6" gebeten, wobei „1" die häufigste Verwendung bezeichnete. 64 von 80 Befragungspersonen nahmen eine solche Reihung vor.

Quelle: Filzmaier/ Stainer-Hämmerle (2002) *Parlamentskommunikation und Neue Medien.* Forschungsprojekt im Rahmen der European Union Co-operation on Science and Technology (COST). Innsbruck.

Internets als politisches Werbeinstrument nicht zu erwarten ist, überrascht doch seine völlige Bedeutungslosigkeit.

Der Stellenwert von *E-Mails* als hauptsächlicher Anwendungsform des Internets für die politische Arbeit wird grundsätzlich positiv bewertet, der konkrete Nutzen für eine Verbesserung der Kommunikation zwischen politischen Eliten (RepräsentantInnen) und BürgerInnen (WählerInnen) ist jedoch vergleichsweise beschränkt. Mehr als die Hälfte der österreichischen Abgeordneten gibt an, dass für sie *E-Mails* oft/ regelmäßig oder sogar fast immer inhaltlich hilfreich sind (55 Prozent); 41 Prozent meinen, dass sie diese als motivierend empfinden bzw. dass *E-Mails* sie in ihrer politischen Tätigkeit anregen (32 Prozent). 45 bzw. 58 Prozent bewerten aber im Umkehrschluss *E-Mails* lediglich als eine bestenfalls gelegentliche Hilfe bzw. als nur in wenigen Fällen motivierend (siehe dazu Tabelle 9). Internationale Daten kommen nahezu zum gleichen Ergebnis.

Eine mögliche Erklärungshypothese ist, dass *E-Mails* von BürgerInnen häufig sehr allgemeine politische Diskussionselemente beinhalten. Für konkrete Anliegen bzw. Themen ist eine individuelle Reaktion erforderlich und hier ist das Internet ein effizientes Medium. Zugleich ist die Wahrscheinlichkeit relativ groß, durch den Dialog wechselseitig voneinander zu profitieren. Ein *E-Mail*-Diskurs über ein breites The-

Tabelle 9: Einschätzung der Nützlichkeit von *E-Mails* für politische Tätigkeiten durch österreichische Nationalratsabgeordnete nach Parteien
(Angaben in absoluten Zahlen bzw. Prozentwerte in Klammer)

***E-Mails* sind für meine Tätigkeit als Abgeordneter …**	**SPÖ**	**ÖVP**	**FPÖ**	**Grüne**	**gesamt**
überhaupt nicht hilfreich	–	–	–	–	–
überhaupt nicht motivierend	–	–	–	1 (7,7)	1 (1,3)
in wenigen Fällen hilfreich	–	1 (4,2)	1 (5,9)	–	2 (2,6)
in wenigen Fällen motivierend	1 (4,2)	3 (12,5)	1 (5,9)	–	5 (6,4)
manchmal hilfreich	11 (45,8)	10 (41,7)	6 (35,3)	6 (46,2)	33 (42,3)
manchmal motivierend	13 (54,2)	14 (58,3)	9 (52,9)	4 (30,8)	40 (51,3)
oft/ regelmäßig hilfreich	11 (45,8)	13 (54,2)	3 (17,6)	3 (23,1)	30 (38,5)
oft/ regelmäßig motivierend	9 (37,5)	4 (16,7)	2 (11,8)	6 (46,2)	21 (26,9)
fast immer hilfreich	2 (8,3)	–	7 (41,2)	4 (30,8)	13 (16,7)
fast immer motivierend	1 (4,2)	3 (12,5)	5 (29,4)	2 (15,4)	11 (14,1)
gesamt	24 (100,0)	24 (100,0)	17 (100,0)	13 (100,0)	78 (100,0)

Rundungsfehler sind möglich.

Quelle: Filzmaier/ Stainer-Hämmerle (2002) *Parlamentskommunikation und Neue Medien*. Forschungsprojekt im Rahmen der European Union Co-operation on Science and Technology (COST). Innsbruck.

menspektrum kann hingegen als interessant empfunden werden, ist aber zumeist wenig effizient. In ergänzenden Interviews berichteten Abgeordnete von Erfahrungen, dass sie einen zeit- und arbeitsaufwändigen Dialog über „Politik" führten, letztlich aber nur eine sehr kleine Zahl von Personen als DiskussionspartnerInnen ansprachen. Traditionelle Präsenzveranstaltungen (wie etwa Podiums- und Straßendiskussionen) würden demgegenüber einen interaktiven Dialog mit einem ungleich größeren Personenkreis in kürzerer Zeit erlauben. Üblicherweise werden *E-Mails* im Fall von konkreten Anfragen beantwortet, von mehr als einem Drittel (37 Prozent) der Abgeordneten jedoch in allen Fällen.

Diesbezüglich gab es weder klare Unterschiede zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien noch nach einer Zuordnung der Parteien nach dem Links-Rechts-Schema. Es fällt aber der hohe Anteil von FPÖ-Abgeordneten auf, die *E-Mails* in besonderem Ausmaß als unterstützend und motivierend für ihre inhaltliche Arbeit bezeichnen, obwohl sie sonst das Internet nicht sehr häufig nutzen.

Tabelle 10: Hauptsächliche *E-Mail*-Inhalte in Sendungen an österreichische Nationalratsabgeordnete

Rang	*E-Mail*-Inhalte	Durchschnittsplatzierung (Reihung 1-10; n = 59)	Anteil der Erstnennungen (in Prozent)
1	allgemeine *E-Mails* zu bundespolitischen Themen	2,75	30,5
2	*E-Mails* zu persönlichen bundespolitischen Fachgebieten/ Schwerpunkten	3,12	23,7
3	allgemein parteibezogene *E-Mails*	3,50	19,0
4	allgemeine *E-Mails*, die sich auf die Gemeinde-/ Landespolitik beziehen	4,57	3,4
5	(An-) Fragen/ Rückmeldungen von BürgerInnen	5,25	10,2
6	politisches Marketing von Verbänden/ Interessengruppen/ Bürgerinitiativen	5,40	5,2
7	Presse bzw. Medienkontakte	5,58	5,1
8	Werbung	7,70	3,5
9	Bestellungen (Redebeiträge/ Informationsmaterial, usw.)	8,00	–
10	Beschimpfungen/ Drohungen	9,77	–

Die befragten Abgeordneten wurden um eine Reihung der *E-Mail*-Inhalte nach ihrer Häufigkeit von „1" bis „10" gebeten, wobei „1" die häufigste Nennung bezeichnete. 59 von 80 Befragungspersonen nahmen eine solche Reihung vor.

Quelle: Filzmaier/ Stainer-Hämmerle (2002) *Parlamentskommunikation und Neue Medien*. Forschungsprojekt im Rahmen der European Union Co-operation on Science and Technology (COST). Innsbruck.

Auch die Inhalte des *E-Mail*-Verkehrs zeigen, dass die Interaktivität des Internets in der Praxis verhältnismäßig wenig als potenzielles Medium zur Verbesserung bzw. Intensivierung der Kommunikationsprozesse zwischen Abgeordneten und ihren WählerInnen genutzt wird (siehe Tabelle 10). Konkrete Anfragen oder Rückmeldungen von BürgerInnen an Abgeordnete werden in einer Reihung der häufigsten Inhalte lediglich an fünfter Stelle genannt. Nur sechs Abgeordnete (10,2 Prozent) nennen an erster Stelle, von BürgerInnen mit (An-) Fragen und/ oder mit Rückmeldungen mittels *E-Mail* kontaktiert zu werden.

An der Spitze stehen *E-Mails* zur Bundespolitik und/ oder zu persönlichen Themenschwerpunkten. Diese *E-Mails* – so das Ergebnis unserer Hintergrundgespräche – resultieren mehrheitlich aus institutionalisierten Abläufen (Versand von Protokollen/ Gesetzvorlagen, usw.) oder aber aus einer internen Kommunikation mit Parteistellen bzw. ParteikollegInnen. An zweiter Stelle folgen allgemein parteibezogene Mail-Sendungen, gefolgt von Themen der Gemeinde- und Landespolitik, die wiederum von einem parteiinternen Dialog dominiert werden. Das bestätigt regionale Studien insofern, als etwa in Tirol Parteiorganisationen mit ihren Mitgliedern im Landtag häufig kommunizieren: Der Durchschnittswert für die Häufigkeit beträgt 1,85 auf einer Skala von „1“ bis „9“ (Filzmaier 2001, 78). Presse- und Medienkontakte via *E-Mail* haben keinen besonderen Stellenwert, da die Medienlogik des journalistischen Interesses eher eine persönliche und authentische Antwort im Gespräch bzw. zumindest am Telefon fördert.

Zugleich zeigt sich als weiteres Ergebnis, dass auf Bundesebene politische Organisationen außerhalb des Parlaments verstärkt *E-Mails* nutzen, um ihre Anliegen unter den Abgeordneten zu propagieren. Das politische *Marketing* von externen Organisationen und Gruppen erreicht in der Reihung möglicher *E-Mail*-Inhalte mit einem Durchschnittswert von 5,4 und drei Erstnennungen Platz sechs. Eine Erklärung dafür ist die (obgleich abnehmende) enge Verflechtung von institutionalisierten Interessengruppen in Österreich mit den Parteien bzw. die Häufigkeit von Doppelfunktionen im Parlament sowie in Kammern und Verbänden. In einem Pre-Test mit Abgeordneten des Nord- und Südtiroler Landtags erwies sich aber das *Online*-Lobbying als relativ bedeutungslos (Filzmaier 2001, 78f.).

Rund 60 Prozent der Abgeordneten artikulieren ihre Bereitschaft, das Internet für öffentliche Stellungnahmen zu verwenden, die nicht der Parteilinie entsprechen (siehe die Tabellen 11 und 12). Die auffallend hohe Zustimmung, das Internet für abweichende Meinungsäußerungen zu nutzen, erklärt sich einerseits aus dem vergleichsweise günstigen Verhältnis von Vor- und Nachteilen: Anders als bei interner Kritik in Fernsehen und Zeitungen ist das politische Risiko gering bzw. werden solche Abweichungen parteiintern häufiger toleriert und/ oder sind nicht vollständig kontrollierbar. Andererseits ist auch die Struktur des österreichischen Mediensystems zu beachten. Viele Abgeordnete haben auf Bundesebene persönlich keinen effektiven Zugang zu Tageszeitungen und Fernsehen, um ihre Meinungen zu artikulieren, so dass das Internet eine willkommene Alternative bietet.

Das zeigt ebenfalls die in Oppositionsparteien deutlich erhöhte Bereitschaft, ab-

Tabelle 11: Nutzung des Internets für abweichende Meinungsäußerungen durch österreichische Nationalratsabgeordnete im internationalen Vergleich

(Angaben in Prozent für jene Abgeordneten, welche die Frage beantworteten)

Können Sie sich vorstellen, *E-Mails* bzw. Ihre persönliche *Homepage* zur Darstellung von gegenüber der Regierung/ Partei abweichenden Meinungen zu nutzen?	**Österreich** (n = 53)	**Dänemark** (n = 75)	**Niederlande** (n = 52)
ja, schon geschehen	24	25	32
ja, könnte ich mir vorstellen	36	21	29
nein, ich würde andere Medien nutzen	19	9	32
niemals, interne Auseinandersetzungen gehören nicht an die Öffentlichkeit	21	44	nicht gefragt

Rundungsfehler in der Tabelle sind möglich.

Quelle: Filzmaier/ Stainer-Hämmerle (2002) *Parlamentskommunikation und Neue Medien.* Forschungsprojekt im Rahmen der European Union Co-operation on Science and Technology (COST). Innsbruck.

Tabelle 12: Nutzung des Internets für abweichende Meinungsäußerungen durch österreichische Nationalratsabgeordnete nach Parteien

(Angaben in absoluten Zahlen bzw. als Prozentwerte in Klammer ohne Berücksichtigung von Antwortverweigerungen)

	SPÖ	**ÖVP**	**FPÖ**	**Grüne**	**gesamt**
ja, schon geschehen	5 (23,8)	2 (14,3)	3 (27,3)	3 (42,9)	13 (24,5)
ja, könnte ich mir vorstellen	8 (38,1)	6 (42,9)	2 (18,2)	3 (42,9)	19 (35,8)
nein, ich würde andere Medien nutzen	5 (23,8)	3 (21,4)	2 (18,2)	–	10 (18,9)
niemals, interne Auseinandersetzungen gehören nicht an die Öffentlichkeit	3 (14,3)	3 (21,4)	4 (36,4)	1 (14,3)	11 (20,8)
gesamt	21 (100,0)	14 (100,0)	11 (100,1)	7 (100,1)	53 (100,0)

Die Fragestellung lautete: „Können Sie sich vorstellen, *E-Mails* bzw. Ihre persönliche *Homepage* zur Darstellung von gegenüber der Regierung/ Partei abweichenden Meinungen zu nutzen?"

Rundungsfehler in der Tabelle sind möglich.

Quelle: Filzmaier/ Stainer-Hämmerle (2002) *Parlamentskommunikation und Neue Medien.* Forschungsprojekt im Rahmen der European Union Co-operation on Science and Technology (COST). Innsbruck.

weichende Meinungen zu artikulieren. Diese Parteien sind in ihrer Medienpräsenz gegenüber Regierungsparteien benachteiligt und es gibt eine geringere Bindung an Linientreue. Das gilt auch für die SPÖ als langjährige Regierungspartei: 62 Prozent ihrer befragten Abgeordneten äußerten entweder bereits über das Internet abweichende Meinungen oder könnten sich das (in Zukunft) vorstellen. Bei den Grünen, welche außerdem eine weniger strikte Parteidisziplin als die traditionellen Parteien haben, sind es sogar über 85 Prozent der Abgeordneten. Dagegen betragen die Werte für die Regierungsparteien ÖVP und FPÖ lediglich 57 bzw. 46 Prozent. Bemerkenswert ist weiters, dass die Bereitschaft für abweichende Meinungsäußerungen via Internet in Österreich deutlich stärker ausgeprägt ist als in Dänemark, obwohl dort das Wahlrecht stärker personalisiert ist.

6. Positionierung der Abgeordneten zur Zukunft von Internet und Demokratie

Generell bewerten österreichische Abgeordnete die zukünftige Bedeutung des Internets für die Demokratie bzw. für politische Prozesse als positiv (siehe Tabelle 13). Die Aussagen „Internet-Technologien werden die politische Partizipation der BürgerInnen fördern, die Themenvielfalt der politischen Diskussion erhöhen und/ oder den interaktiven Dialog im politischen System zwischen politischen RepräsentantInnen und WählerInnen verbessern" wurden mehrheitlich befürwortet. Im Rahmen einer fünfteiligen Skala – mit dem Wert „1" als absolute Zustimmung bzw. „5" als grundsätzliche Ablehnung – ergibt sich als Mittelwert eine überwiegende Zustimmung im Bereich von 1,9 bis 2,1. So meinen beispielsweise 69 von 80 Abgeordneten (86 Prozent), dass sich die politische Beteiligung verbessern wird. Nur vier Abgeordnete stimmen einer solchen Behauptung nur zu einem geringen Teil zu, kein einziger Abgeordneter überhaupt nicht. Dass das Internet ein vielfältigeres Themenspektrum der politischen Diskussion ermöglichen und zur Verbesserung der Interaktivität zwischen politischen Eliten und BürgerInnen beitragen kann, befürworten kein bzw. lediglich ein Abgeordneter.

Demgegenüber werden mögliche politische Gefahren im Zuge einer größeren Verbreitung des Internets anerkannt, jedoch als weniger bedeutend eingeschätzt. Lediglich die Aussage einer Vergrößerung des *Digital Divide* als Wissenskluft zwischen informationsreichen und informationsarmen BürgerInnen (*information rich* und *information poor*, dazu: Filzmaier 2000) stößt mit einem Mittelwert von 2,2 bzw. bei 52 von 80 Abgeordneten auf überwiegende Zustimmung. Die Gefahr einer unkontrollierten Verbreitung von extremistischen (rechts- und linksradikalen) politischen Inhalten durch das Internet wird mit 2,4 eher unentschieden beurteilt. Eine Fragmentierung der politischen Öffentlichkeit durch das Internet (aufgrund der unbegrenzten und ungeordneten Informationsmenge) befürchtet hingegen nur eine Minderheit von 16 Abgeordneten.

Es besteht aber in allen drei Vergleichsländern die Tendenz, allgemein formulierte positive Aussagen über Auswirkungen des Internets für Demokratie und Politik mit klarer Mehrheit zu bejahen, ohne dass zwangsläufig Schlussfolgerungen für konkrete Veränderungen zulässig sind. Bereits die explizite Fragestellung, ob sich etwa elek-

Tabelle 13: Positionierung von österreichischen Nationalratsabgeordneten zur zukünftigen Bedeutung von Internet für moderne Demokratien

Bewertung	Österreich (n = 80)	Dänemark (n = 89)	Niederlande (n = 54)
	Durchschnittsnote* Percentage Difference Index/ PDI**		
positiv			
Das Internet wird die politische Partizipation der BürgerInnen fördern.	1,9 *+65 (7)*	2,6 *+28 (26)*	2,6 *+12 (30)*
Das Internet wird zu einem vielfältigeren Themenspektrum in der öffentlichen politischen Diskussion führen.	2,1 *+55 (9)*	2,5 *+42 (26)*	3,0 *+11 (28)*
Das Internet wird den interaktiven Dialog von RepräsentantInnen und BürgerInnen/ WählerInnen verbessern.	2,1 *+55 (15)*	2,1 *+62 (14)*	2,6 *+26 (24)*
negativ			
Das Internet wird die Kluft von *information-rich/ information-poor* vergrößern.	2,2 *+41 (17)*	2,1 *+61 (12)*	2,8 *+36 (28)*
Das Internet fördert eine unkontrollierte Veröffentlichung und Verbreitung radikaler politischer Positionen.	2,4 *+36 (14)*	2,9 *+10 (28)*	3,7 *-46 (22)*
Das Internet führt langfristig zu einer Fragmentierung der politischen Öffentlichkeit.	3,1 *-8 (36)*	1,5 *+77 (10)*	3,6 *-38 (31)*
neutral			
Das Internet wird neue Formen der Demokratie (etwa elektronische Wahlen/ Volksbefragungen) bewirken.	2,6 *+29 (21)*	2,8 *+17 (14)*	2,1 *+58 (20)*
Es wird keinen grundsätzlichen Einfluss des Internets auf den politischen Prozess/ die Politikinhalte geben.	3,4 *-31 (22)*	3,7 *-38 (17)*	3,3 *-17 (22)*

* Die Zustimmung für die mögliche Entwicklung des Internets erfolgte nach dem Schulnotensystem („1" = stimme vollkommen zu, „2" = stimme überwiegend zu, „3" = unentschieden, „4" = stimme nur zu geringem Teil zu, „5" = stimme überhaupt nicht zu). Die Mittelwertberechnung erfolgte ohne Berücksichtigung von Antwortverweigerungen.

** Der PDI wurde als Differenz der Prozentpunkte von zustimmenden und ablehnenden Antworten berechnet. Die Zahlen in Klammer geben die Prozentwerte neutraler Antworten an.

Quelle: Filzmaier/ Stainer-Hämmerle (2002) *Parlamentskommunikation und Neue Medien.* Forschungsprojekt im Rahmen der European Union Co-operation on Science and Technology (COST). Innsbruck.

tronische Wahlen und Volksbefragungen (*Online Voting* und *Online Referenda*) etablieren würden, führt zu einem neutralen Mittelwertergebnis (2,6). Im internationalen Vergleich ist bemerkenswert, dass positiven Aussagen über politische Folgewirkungen der Internet-Nutzung in Dänemark und den Niederlanden weniger stark zugestimmt wird, und die Zahlen (Prozentwerte) neutraler Antworten – von Abgeordneten, die keine eindeutige Position einnehmen wollen – in Österreich tendenziell geringer sind.

Die Prozentpunktedifferenz zwischen zustimmenden und ablehnenden Antworten zeigt, dass lediglich in einem Fall – dänische Abgeordnete zum Thema Verbesserung des interaktiven Dialogs zwischen RepräsentantInnen und BürgerInnen – die künftige Entwicklung positiver als in Österreich gesehen wird. Die österreichischen Abgeordneten bejahen signifikant häufiger, dass das Internet die politische Partizipation der BürgerInnen fördern und eine größere Themenvielfalt in der politischen Diskussion bewirken kann. Allerdings ist das Gesamtbild nicht einheitlich, da zumindest in den Niederlanden auch die Furcht vor Negativfolgen deutlich geringer bzw. eine Minderheitsmeinung ist. In einem Punkt herrscht aber nahezu absolute Einigkeit: Die Aussage, dass das Internet keinen signifikanten Einfluss auf die Politik haben würde, wird als vollkommen unrealistisch abgelehnt. Lediglich 16 Prozent der österreichischen, 21 Prozent der dänischen und 27 Prozent der niederländischen Abgeordneten stimmen einer solchen Prognose auch nur teilweise zu.

Zur Einschätzung der zukünftigen Bedeutung des Internets gibt es in Österreich nur relativ geringe parteipolitische Differenzen. FPÖ-Abgeordnete sind in stärkerem Ausmaß von positiven Folgen (Erhöhung der BürgerInnenbeteiligung/ mehr Themenvielfalt) durch den Einsatz des Internets in politischen Prozessen überzeugt; SPÖ- und Grün-Abgeordnete befürchten eher eine digitale Kluft und eine vermehrte Verbreitung extremistischer Positionen.

7. Schlussfolgerungen und Ausblick

Bislang sind Internet-Aktivitäten von Nationalratsabgeordneten aufgrund relativ mangelnden Wissens über technische Vorgänge und das inhaltliche Potenzial neuer Medien beschränkt. Nichtsdestoweniger wird sich vor allem eine kurzfristige und zielgruppenorientierte Kommunikation mit Überredungsabsicht in absehbarer Zukunft infolge der günstigen Kosten-/Nutzen- bzw. Aufwand-/Ertragsrelation auf das Internet konzentrieren. Ein weiteres Argument dafür ist, dass Informationen mehr vordergründig „persönliche" Elemente anstatt von allgemeiner Parteikommunikation enthalten können, d.h. einzelne Abgeordnete können versuchen, tiefergehende *Online*-Kontakte mit WählerInnen aufzubauen, als „die Partei" es kann.

Der Informationsfluss zwischen RepräsentantInnen als Eliten und BürgerInnen wird durch das Internet nicht zwangsläufig verbessert und/ oder personalisiert, weil die Ressourcen der Abgeordneten – insbesondere (Arbeits-) Zeit – für den Internet-Einsatz im Vergleich zu Telefongesprächen, Briefen, Sprechstunden, usw. limitiert sind. Zwar sind Abgeordnete an einer Effizienzsteigerung interessiert: dies gilt für die Verbesserung der internen Kommunikation oder etwa eine verstärkte Nutzung des

Internets in Wahlkämpfen (Raumunabhängigkeit, Beschleunigung der Kommunikationswege, verstärkte Zielgruppenorientierung, usw.). Allerdings haben sie kein Interesse an einer Ausweitung der politischen Kommunikation zwischen politischen Eliten und BürgerInnen. In einem demokratischen politischen System sind Eliten veranlasst, durch nicht-diktatorisch begründete Autorität ihre Macht und Funktionen bzw. Rollen zu legitimieren. Deshalb unterstützen Nationalratsabgeordnete öffentlich eine vermehrte politische Informationsvermittlung bzw. stärkere politische Partizipation via Internet, weil eine solche ihre Legitimation erhöht. *E-Mail*-Adressen aller Abgeordneten waren die erste Konsequenz, die Häufung persönlicher *Web Sites* wird einen weiteren Schritt darstellen.

Das Datenmaterial zeigt aber, dass bislang das Internet kaum als Kommunikationskanal zwischen Abgeordneten und BürgerInnen dient. Hingegen ist das *Intranet* relativ weit entwickelt, d.h. politische Materien werden in einer ExpertInnenkommunikation innerhalb von Eliten abgehandelt. Moderne Technologien verbessern primär die Binnenkommunikation des Parlaments bzw. der Abgeordneten, zusätzlich nehmen politische Verbündete und/oder ExpertInnen – etwa als gefragte Sachverständige – am Kommunikationsprozess teil.

Nationalratsabgeordnete stellen politische Eliten dar, weil sie über besondere Macht verfügen, 1) den Gesetzgebungsprozess zu bestimmen, 2) Interessen einer größeren Personengruppe zu vertreten und 3) allgemein die politische Tagesordnung zu gestalten. Unsere Untersuchung zeigt, dass aus Sicht der Abgeordneten der administrative Aufwand in Gesetzgebungsverfahren durch das Internet vereinfacht bzw. Abläufe beschleunigt werden. Ein inhaltlicher Nutzen besteht durch das Internet als Informationsquelle. Für die Interessenartikulation erhalten mehrheitlich VertreterInnen etablierter Institutionen (z.B. Kammern und Gewerkschaften) einen zusätzlichen Zugang zu Abgeordneten bzw. umgekehrt, weniger jedoch Basisgruppen. Lediglich für Abgeordnete der Grünen gilt das in geringerem Ausmaß. Ein Einfluss des Internets auf die Gestaltung der politischen Tagesordnung ist möglich, aber bestenfalls rudimentär vorhanden. Dem Medium wird u.a. ein Potenzial für (abweichende) öffentliche Meinungsäußerungen zugeschrieben, doch fehlt es bislang an einer entsprechenden Breitenwirkung. Zugleich ist die *Online*-Vermittlung von Informationen durch Abgeordnete an JournalistInnen traditioneller Medien noch mangelhaft.

Allerdings befindet sich das Internet in der parlamentarischen Kommunikation immer noch in einer Anfangs- und Experimentierphase. Für das politische System besteht kein unmittelbarer Handlungsbedarf, weil auch die BürgerInnen keine energischen Forderungen für eine verstärkte Transparenz, Interaktivität und Professionalisierung der parlamentarischen Internet-Kommunikation stellen. Es gibt auch keinen Schlüsselzeitpunkt, welcher die verstärkte Nutzung des Internets für die parlamentarische Arbeit markiert. Trotz markanter technischer Innovationen (Einführung des *WWW* und *Netscape* als benutzerfreundliche Anwendung des Internets 1993/94, Versorgung aller Abgeordneten mit *E-Mail*-Adressen ab 1996) kann von keinem radikalen Modernisierungsschub gesprochen werden. Der politische Einsatz des Internets nimmt vielmehr allmählich und kontinuierlich zu. Die Internet-Nutzung von Natio-

nalratsabgeordneten steigerte sich insbesondere zwischen 1998 und 2000 und entsprach damit etwa der wachsenden Nutzung in der Gesamtbevölkerung. Dafür sind einerseits die Nationalratswahl 1999 verantwortlich (74 neue und im Durchschnitt jüngere Abgeordnete, darunter 29 unter 40 Jahren, zogen in das Parlament ein), andererseits auch die Häufung von Medienberichten über das Potenzial des Internets.

Gleichzeitig berührt der Einsatz des Internets für die Parlamentskommunikation politische Informations-, Partizipations- und Kommunikationsebenen. Diese Dimensionen sind hinsichtlich der internen und externen Parlamentskommunikation getrennt zu beurteilen.

Politische Informationen umfassen sowohl formale Daten (siehe für Abgeordnete einen kurzen Lebenslauf, parlamentarische Aufgaben und die Erreichbarkeit via *E-Mail)* als auch inhaltliches Material (wie etwa Dokumente). Die Informationsebene ist gleichermaßen für Abgeordnete und BürgerInnen wichtig, welche Zugang zu Tagesordnungen, Protokollen, Bibliotheksunterlagen, usw. erhalten. In Österreich verfügen die Abgeordneten über einen sehr umfangreichen internen Datenzugang, der laufend erweitert wird. Zusätzlich zu allen Dokumenten im Rahmen der geplanten elektronischen Gesetzgebung werden sowohl alltägliche Arbeitsinformationen (wie etwa Amtskalender) als auch Zugangsmöglichkeiten zu Bibliotheken und Datenbanken, inklusive Materialsammlungen der Europäischen Union, geboten. Demgegenüber erhalten BürgerInnen als externe Internet-NutzerInnen lediglich zeitverzögert ausführliche Informationen über den formalen Rahmen und/oder das Resultat von politischen Entscheidungsprozessen (Tagesordnungen, Berichte von Ausschüssen, Gesetze, usw.). Informationen aus politischen Entscheidungsprozessen, zum Beispiel Positionspapiere, und Kommentare zur Erklärung von Dokumentationsinhalten sind nicht unmittelbar vorgesehen.

Auch politische Partizipation kann sowohl intern (etwa als Mitwirkung von Abgeordneten in Ausschüssen) als auch extern stattfinden (siehe das Beispiel von *Focus Groups* zu Themen aktueller parlamentarischer Debatten). Mit Interesse wird zu beobachten sein, ob die sofortige Platzierung von Ausschuss- und Plenarprotokollen im *Intranet* des Parlaments mittelfristig via Internet auch für die Öffentlichkeit zugänglich ist. Dies ist für die demokratiepolitische Transparenz insofern wichtig, weil solche Quellen im Unterschied zur korrigierten Niederschrift der Stenographischen Protokolle authentisch sind. Die gegenwärtige *Homepage* des österreichischen Parlaments beruht auf einem mehrere Jahre alten Konzept und gewährleistet eine große Informationsmenge geschichtlicher, rechtlicher und politischer Daten. Es werden jedoch weder Erklärungen im Sinn einer politischen Bildungsarbeit noch interaktive Elemente angeboten. Allerdings ist eine baldige Neugestaltung vorgesehen, die vor allem auch Informationen zielgruppenspezifischer – etwa für JournalistInnen und WissenschaftlerInnen als ExpertInnen sowie Jugendliche und Kinder – anbieten soll. Trotz des Engagements der Parlamentsverwaltung hat diese aber keinen politischen Auftrag seitens der Parteien, interaktive Partizipationselemente zu fördern und Funktionen im Bereich der politischen Bildung zu erfüllen.

Die politische Kommunikation zwischen Abgeordneten und BürgerInnen sowie

zwischen Abgeordneten untereinander kann beschleunigt bzw. verbessert werden. Dies gilt für politische Kommunikation im weiteren Sinn (als Informationsaustausch) und im engeren Sinn (als zielgerichtete sowie auf Überredung orientierte Übermittlung von Botschaften). Solche Aufgaben erfüllen die eigenständigen *Homepages* der parlamentarischen Klubs und im weiteren Sinn die *Homepages* der im Parlament vertretenen Parteien. Diese können aber einen individuellen Dialog zwischen einem/einer BürgerIn und „seinem/ihrem" Abgeordneten nicht unterstützen. Es erfolgt eine *Top Down*-Kommunikation der Partei mit potenziellen WählerInnen, nicht aber die Förderung von Initiativen von unten, etwa von *Online*-Petitionen, die von BürgerInnen eingebracht werden.

Trotz des gemäßigten Handlungsbedarfs und struktureller Grenzen erwarten bzw. empfehlen wir folgende zukünftige Entwicklungen für die Internet-Kommunikation österreichischer Parlamentsabgeordneter:

- Eine sowohl quantitative Zunahme persönlicher *Homepages* als auch deren technische Verbesserung, etwa durch multimediale Elemente oder durch eine *Frequently Asked Question*-Funktion, um den Arbeitsaufwand für *E-Mail*-Kontakte zu entlasten.
- Nach dem Vorbild von österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament die Einführung von auf eine persönliche WählerInnenschaft und auf deren Interessengebiete abgestimmten *(Tailor Made-) Newslettern*. Diese Entwicklung ist trotz des Listenwahlrechts für den Nationalrat zu erwarten. Voraussetzung dafür sind Datenbanken mit *E-Mail*-Adressen und spezifischen Detailinformationen über die AdressatInnen.
- Die Entwicklung von *Newsgroups* und *Online*-Diskussionsforen, wobei allerdings keine Einigkeit herrscht, ob diese als virtuelle Plattformen möglichst offen zugänglich sein oder nur parteiinterne Gedankenbörsen *(„Online-Think Tanks")* sein sollen. Entsprechende Ressourcen vorausgesetzt könnten allgemeine Foren parteiübergreifend von der Parlamentsverwaltung gestaltet werden. Damit können auch die Parlamentsfraktionen (Abgeordnete und ihre MitarbeiterInnen) von internen Räumen der Diskussion im *Cyberspace* profitieren.
- Über eine Veröffentlichung von Gesetzen, Dokumenten und Berichten hinaus erwarten wir keine signifikante Erhöhung der *Online*-BürgerInnenbeteiligung (in Ausschüssen bzw. in *Deliberative Panels* und *Focus Groups*).

Literatur

Bellamy, Christine/ Raab, Charles D. (1999) *Parliamentary Democracy and New Technology Reform: Reform, Reinforcement or Replacement?* Arbeitspapier für *Colloque Internationale: Les Parlaments dans la Societé de l'Information.* Paris, 18./19. 11. 1999.

Caldow, Janet (1999) *The Virtual Ballot Box. A Survey of Digital Democracy in Europe.* Washington D.C., verfügbar unter: http://www.ieg.ibm.com.

Coleman, Stephen/ Taylor, John/ van de Donk, Wim (eds.) (1999) *Parliament in the Age of the Internet.* Special Issue of Parliamentary Affairs, Vol. 52, Nr. 3.

European Commission (2002) *Eurobarometer. Public Opinion in the European Union: Report 56.*

Brussels, verfügbar unter: http://europa.eu.int/comm/public_opinion/.

Filzmaier, Peter (2000) *Die digitale Klassengesellschaft in den USA, der EU und Österreich.* In: SWS-Rundschau, Heft 4, 349-371.

Filzmaier, Peter (2001) *Das Internetnutzungsverhalten von politischen Repräsentanten. Eine Befragung von Volksvertretern in Nord- und Südtirol.* In: Ders. (Hg.) Internet und Demokratie. The State of Online Politics. Innsbruck/ Wien, 67-86.

Filzmaier, Peter/ Stainer-Hämmerle, Kathrin (2002) *Parlamentskommunikation und Neue Medien.* Forschungsprojekt im Rahmen der European Union Co-operation on Science and Technology (COST). Innsbruck.

Löfgren, Karl/ Andersen, Kim V./ Sörensen, Mette F. (1999) *The Danish Parliament Going Virtual.* In: Special Issue of Parliamentary Affairs, Vol. 52, Nr. 3, 493-502.

Müller, Wolfgang C. et al. (2001) *Die österreichischen Abgeordneten. Individuelle Präferenzen und politisches Verhalten.* Wien (Schriftenreihe des Zentrums für angewandte Politikforschung Bd. 23).

Plasser, Fritz/ Ulram, Peter (2002) *Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens- zur Konfliktkultur.* Wien (Schriftenreihe des Zentrums für angewandte Politikforschung Bd. 25).